

FLÜCHTLINGSPOLITIK

Sprockhövel: Sicherer Hafen nur für zugewiesene Flüchtlinge



Matthias Spruck und Alexa Kuszlik
22.01.2021, 14:27



Vor der Ratssitzung machte die Flüchtlingshilfe auf das Anliegen des Sicherer Hafens aufmerksam.

Foto: Flüchtlingshilfe Sprockhövel

SPROCKHÖVEL Stadtrat debattierte Forderung von Flüchtlingshilfe, künftig über die Verteilungsquote hinaus Geflüchtete in Sprockhövel aufzunehmen

Sprockhövel wird auch in Zukunft nur so viele Flüchtlinge aufnehmen, wie von staatlichen Stellen zugewiesen werden. Der Initiative von Flüchtlingshilfe Sprockhövel, den beiden evangelischen Kirchengemeinden, des IG-Metall-Bildungszentrums und des Kinderschutzbundes, dass sich die Stadt dem Bündnis "Seebrücke" unter dem Titel Sicherer Hafen anschließe und künftig über die Zuteilungsquote hinaus Flüchtlinge aufnehmen, um ihnen ein gutes und sicheres Leben in Sprockhövel zu gewährleisten, wurde mit großer Mehrheit der im Rat vertretenen Parteien abgelehnt.

Tiefgründige Diskussion in Ratssitzung

Vorangegangen war eine über die Parteigrenzen hinweg tiefgründige Diskussion, wie sich die Stadt zu dem **Appell des Bündnisses "Seebrücke"** verhalten soll. Die CDU-Fraktion hatte zu dem Tagesordnungspunkt den Entwurf einer Erklärung der Stadt Sprockhövel vorbereitet, in der ehrlich empfundenes Verständnis für die Situation der Flüchtlinge formuliert und Solidarität auch mit der Seenotrettung versichert wird. Das CDU-Papier stellt aber auch klar: "Alle Menschen auf der Flucht, die der Obhut der Stadt Sprockhövel durch ihre Zuteilung anvertraut werden, sind herzlich willkommen" - was bedeutet, dass es keine pauschale Öffnung in akuten Krisensituationen geben dürfe.

Lob der FDP für CDU-Antrag

"Es gehört zum Selbstverständnis der SPD, den Schwachen beizustehen", sagte deren Fraktionsvorsitzender Wolfram Junge. Hier gehe es um eine Gewissensentscheidung, daher war die Abstimmung bei den Sozialdemokraten freigegeben worden. FDP-Kollege Bodo Middeldorf versuchte mit Blick auf die Kontroversen beim Flüchtlingszuzug 2015 zu sensibilisieren, "da wurde den Bürgern einiges abverlangt". Den CDU-Text lobte er als klug, die Verantwortung für die Aufnahme von geflüchteten Menschen liege beim Land, beim Bund und natürlich bei der Europäischen Union, die dieser Verantwortung zurzeit jedoch nicht gerecht werde. "Insofern läuft diese Aktion ins Leere", urteilte Middeldorf. Die Grünen, die sich ebenfalls dem CDU-Antrag anschlossen, erinnerten daran, dass sie bereits 2019 eine Öffnung der Stadt beantragt hatten. Sie kritisierten die Haltung des Rates insgesamt, weil doch sogar **im EN-Kreis zwei Städte zu sicheren Häfen** geworden seien.

Gegenstimmen von Teilen der SPD

Gegenstimmen gab es sechs von der SPD, eine Enthaltung. Der Rest des Rates stimmte dem CDU-Antrag zu. Die Aktion Sicherer Hafen will Kommunen verpflichten, die Bedingungen für Geflüchtete in den Bereichen Bildung und Wohnen zu verbessern. Der Zugang zu Bildungseinrichtungen müsse für Geflüchtete vereinfacht und die Qualität der Kurse angehoben werden, berichtet Christoph Meer von der Flüchtlingshilfe. Die Lebensbedingungen in Sammelunterkünften seien untragbar. Die Flüchtlingshilfe fordert von der Stadt verstärkte Anstrengungen, um Geflüchtete in Privatwohnungen unterzubringen. "Das hat erwiesenermaßen positive Effekte auf deren Integration", ergänzt Meers Mitstreiterin Miriam Venn, "außerdem ist in Zeiten der Pandemie eine Unterbringung in einer Wohnung sowieso sinnvoller."